

FTSE/MIB  
18.067,29 +2,21% ↑

ATX  
2.251,90 +4,89% ↑

DEUTSCHE BUNDESANLEIHEN (10 Jahre) -0,48% ↑

FTSE 100  
6.120,25 +2,71% ↑

Nasdaq 100  
8.931,72 +2,91% ↑

DAX  
11.116,22 +2,96% ↑

EURO-STOXX  
2.989,54 +2,81% ↑

ITALIENISCHE BTP-SCHATZSCHEINE 1,79% ↑

Dow Jones  
24.607,76 +2,07% ↑

Nikkei 225  
20.447,91 +2,42% ↑

Kurse von 18 Uhr

RENDITE-UNTERSCHIED 2,27% ↑

CORONAVIRUS UND DIE FOLGEN

# „Ein schwieriger Balanceakt für die EU“

WIRTSCHAFTSPOLITIK: Walter Steinmair und Peter Hilpold über die EU-Hilfsmaßnahmen in der Corona-Krise – Geschätzter Schaden von 2000 Milliarden Euro

**BOZEN (D).** Am Donnerstag vergangener Woche haben die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder einen Grundsatzbeschluss zu Hilfsmaßnahmen der EU zugunsten der von der Corona-Krise am meisten betroffenen Staaten dieser Gruppe getroffen. Die „Dolomiten“ haben dazu ein Gespräch mit den Professoren Walter Steinmair und Peter Hilpold von der Universität Innsbruck geführt.

„Dolomiten“: Was sind die Eckpunkte der Entscheidung?

**Walter Steinmair:** Beschlossen wurde vorerst einmal ein Rettungspaket in der Höhe von 540 Milliarden Euro. Dieses besteht aus einer „vorsorglichen Kreditlinie“ des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in der Höhe von bis zu 240 Milliarden Euro, einem Garantiefonds für Kredite in der Höhe bis zu 200 Milliarden Euro und einem temporären Notfonds zur Finanzierung von Kurzarbeit in der Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro. Italien könnte davon voraussichtlich etwa 72 Milliarden Euro erhalten, beginnend ab 1. Juni. Der durch die Corona-Epidemie direkt und indirekt verursachte Schaden liegt aber weit höher. Gegenwärtig wird von 2000 Milliarden Euro gesprochen. Für einen nachhaltigen Wiederaufbau müssen also ganz andere Summen in die Hand genommen werden.

„Eine ‚zweite Welle‘ würde alle Planungen wieder zunichtemachen. Die rasche Entwicklung eines Gegenmittels oder eines Impfstoffes könnte wiederum erheblich zur Schadensbegrenzung beitragen.“

Peter Hilpold

**Peter Hilpold:** Wie es gegenwärtig so häufig heißt: Wir fahren auf Sicht. Der effektive Schaden ist noch gar nicht absehbar, auch weil wir nicht einmal die epidemiologischen Auswirkungen der Krankheit wirklich kennen. Sicher ist gegenwärtig nur, dass die bereits beschlossenen 540 Milliarden Euro bei weitem nicht reichen werden. Weitere Beschlüsse werden für den 6. Mai erwartet und vielleicht hat man bis dahin auch ein klareres Bild auf der Faktenebene. Eine „zweite Welle“ würde alle Planungen wieder zunichtemachen. Die rasche Entwicklung eines Gegenmittels oder eines Impfstoffes könnte wiederum erheblich zur Schadensbegrenzung beitragen.

„D“: Der Betrag von 1500 bis 2000 Milliarden Euro an Finanzmittelbedarf steht aber gegenwärtig im Raum und damit stellt sich die Frage der Finanzierung. **Steinmair:** Das ist richtig. Dazu wurde in den letzten Tagen eine Vielzahl an Optionen ins Spiel gebracht, wie eine Aufhebung der Verschuldungsgrenzen mit



„Die Schulden der Vergangenheit wird jeder Mitgliedstaat letztlich selber schultern müssen.“

EPA-Johannes Eisele

gleichzeitiger gemeinsamer Garantie durch alle Euro-Staaten, vielleicht auch aller EU-Staaten. Diese Form der Vergemeinschaftung der aufzunehmenden Schulden ist politisch wohl undenkbar. Es zeichnet sich deutlich ab, dass die Europäische Kommission in diesem Prozess eine führende Rolle übernehmen wird, wobei aber auch diesbezüglich die Vorstellungen noch weit auseinandergehen.

„D“: Inwiefern?

**Hilpold:** Die zentrale Frage lautet: Wie soll die Europäische Kommission diese Mittel auf-treiben? Die EU finanziert sich gegenwärtig im wesentlichen über Beiträge der Mitgliedstaaten, wobei der Eigenmittelanteil gegenwärtig auf höchstens 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Mitgliedstaaten begrenzt ist. Dieser Satz soll nun auf 2 Prozent erhöht werden. Diese Mittel können aber – gerade jetzt in der Krise – nicht über Beitragserhöhungen erzielt werden. Die Kommission muss sich also verschulden, wobei die Mitgliedstaaten für die Rückzahlung garantieren würden.

„Möglicherweise wird es letztlich zu einer ‚gemischten‘ Finanzierung kommen, vielleicht zu 2 Dritteln Kredite, zu einem Drittel Zuschüsse.“

Walter Steinmair

„D“: Die Empfängerstaaten müssten also diese Mittel zurückzahlen? Und wer entscheidet, wie diese Mittel verteilt werden?

**Steinmair:** Das sind sicher ganz zentrale Fragestellungen. Die Frontlinien sind hier sehr ausgeprägt. Spanien, Italien und Frankreich drängen auf Zuschüsse, während für die Nie-



„Die zentrale Frage lautet: Wie soll die Europäische Kommission diese Mittel auf-treiben?“

Peter Hilpold



„Man hat den Eindruck, dass vielfach noch gar nicht klar ist, wie gravierend die Krise ist.“

Walter Steinmair

derlande, Österreich und Deutschland nur Kredite in Frage kommen. Aber hier könnte es gewisse Konzessionen und einen Kompromiss geben. Möglicherweise wird es letztlich zu einer „gemischten“ Finanzierung kommen, vielleicht zu 2 Dritteln Kredite, zu einem Drittel Zuschüsse. Die Verteilung der Mittel muss auf jeden Fall auf der Grundlage objektiver Kriterien erfolgen, die man aber durchaus finden kann. Der durch die Pandemie angerichtete ökonomische Schaden wird sich – wenn wir einmal ein klareres Bild über ihren weiteren Verlauf haben – durchaus bemessen lassen.

„D“: Diese Regel wird also zu einem innergemeinschaftlichen Ressourcetransfer führen?

**Hilpold:** Wenn man sich die Dimension dieser Krise ansieht, dann ist das praktisch unvermeidlich. Diskutiert wird gegenwärtig über die Höhe dieser – direkten und indirekten – Transfers und über Vorkehrungen, die diese nicht zu offensichtlich erscheinen lassen. Denn das ist eine der Hauptherausforderungen für die Staats- und Regierungschefs insbesondere in den wirtschaftlich stärkeren Staaten: Auch wenn sie persönlich einsehen, dass solche Leistungen unvermeidlich sind, wenn man die EU retten will, dann müssen sie

diese Transfers erst ihren eigenen Wählern verkaufen. Und das erschwert die Verhandlungen enorm: Die nationale Politik ist nicht nur interessiert, die EU zu retten, sondern auch die nächsten Wahlen zu gewinnen, wobei manchen Politikern das vordringlicher erscheinen kann.

„D“: Und so wird hier wieder das altbekannte Informations- und Kommunikationsproblem zwischen der EU-Ebene und der nationalen Ebene deutlich.

„Aufgrund der Verwerfungen in der italienischen Volkswirtschaft droht nun einerseits eine Konkurswelle und andererseits eine Übernahme vieler Unternehmen durch ausländische Konzerne.“

Peter Hilpold

**Steinmair:** Ich glaube, Informations- und Kommunikationsprobleme gibt es gegenwärtig auf vielen Ebenen, auch auf der nationalen selbst, insbesondere

im Verhältnis zwischen den zentralen und den regionalen Instanzen. Aber der Grund dafür liegt auch im völligen Fehlen von Erfahrungswerten. Einen solchen „Shutdown“ hat es in Friedenszeiten noch nie gegeben. Man hat den Eindruck, dass vielfach noch gar nicht klar ist, wie gravierend die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise ist. Aber die Wirtschaftsdaten werden dies in der nächsten Zeit eindrucksvoll vor Augen führen. Die Bürger schauen auf die Hilfen der lokalen Behörden bzw. des Staates. Viele EU-Staaten sind aber schlicht und einfach nicht in der Lage, diese Hilfen zu finanzieren. Das kann ohne solidarischen europäischen Kraftakt nicht gelingen.

„D“: Die EU wird also insgesamt weiterhin eine Schlüsselrolle spielen?

**Hilpold:** Das wird ein schwieriger Balanceakt werden. Es wurden bereits zahlreiche EU-Regeln außer Kraft gesetzt, insbesondere im Bereich des Beihilfenverbots und der Staatsbeteiligung an Großunternehmen. Aufgrund der Verwerfungen in der italienischen Volkswirtschaft droht nun nämlich einerseits eine Konkurswelle und andererseits eine Übernahme vieler Unternehmen durch ausländische Konzerne. Das kann nur mehr durch einen staatlichen Einstieg verhindert werden. Auch geplante und von der EU geforderte Privatisierungen wurden auf Eis gelegt. **Steinmair:** Letztlich sind die EU und ihre Mitgliedstaaten auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. Gegenwärtig kommen wieder die Schwächen der Währungsunion zum Vorschein, die durch keine effiziente Wirtschaftsregierung abgestützt wird. Aber nicht nur das: Zentrale Probleme wie Klimawandel, Flüchtlingskrise oder stärkere Außenvertretung sind nach wie vor ungelöst. Diese Fragen müssten in einer Solidarunion alle gemeinsam gelöst werden.

**Hilpold:** Von der EU – und damit letztlich von den übrigen Mitgliedstaaten – kann Hilfe in Not-situationen erwartet werden, aber über längere Frist muss ein Ausgleich sichergestellt sein. Dabei wird man nicht mit der Goldwaage vorgehen können, da von einem gemeinsamen Markt alle profitieren. Dauerhaft können Haushaltsdefizite aber nicht anderen Mitgliedstaaten aufgebürdet werden. Die Hauptsorge der finanzstarken Euro-Staaten ist, dass diese Ebenen durcheinandergebracht werden. Dass in dieser Notsituation auch die alten Schuldenlasten vergemeinschaftet werden.

„Solange wir über keine europäische Regierung im eigentlichen Sinne verfügen, über keine gemeinsame Verantwortung für die Ausgaben, kann es auch keine Vergemeinschaftung der Schulden geben.“

Walter Steinmair

**Steinmair:** Solange wir über keine europäische Regierung im eigentlichen Sinne verfügen, über keine gemeinsame Verantwortung für die Ausgaben, kann es auch keine Vergemeinschaftung der Schulden geben. Und wir sollten einen Punkt nicht aus den Augen verlieren: Keine Person, keine Familie kann auf Dauer mehr ausgeben als einnehmen. Und das gilt auch für den Staat als Ganzes. Vielleicht erreichen wir innerhalb der EU so viel an Solidarität, dass die Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise zumindest ansatzweise gemeinsam finanziert werden. Aber die Schulden der Vergangenheit, die wird jeder Mitgliedstaat letztlich selber schultern müssen.

© Alle Rechte vorbehalten